

Ke „Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50/51

Die neuorganisierte Anzeigenliste ober deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigenliste. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt M. 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenliste. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt M. 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30 - 152 39

FR E I H E I T

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Haltung der Koalitionsparteien

Offensichtliche Verlegenheit

Verschiedene Blätter wollen wissen, daß Zentrum und Demokraten zwar eine Regierungsbildung mit den Unabhängigen nicht von vornherein ablehnen, aber in ihrer Antwort an die Rechtssozialisten eine Reihe von Voraussetzungen formulieren wollen. Diese sollen folgenden Inhalt haben:

1. Sollen die Unabhängigen sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen.
2. Soll eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden.
3. Soll die Deutsche Volkspartei gleichfalls in die neue Regierungskoalition einbezogen werden.

Das „Berliner Tageblatt“ fügt dieser Mitteilung hinzu: „Es ist kaum anzunehmen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auf die Forderung eines Zusammengehens mit den Volksparteiern eingehen wird, ganz abgesehen davon, daß auch die Volksparteier von einer solchen Koalition nichts wissen wollen.“

Damit charakterisiert das „Berliner Tageblatt“ selbst diese Antwort als einen nicht ernst gemeinten taktischen Schachzug.

Nicht uninteressant zur Beurteilung der Lage sind einige Ausführungen der „Täglichen Rundschau“. Zunächst wird nochmals hervorgehoben, daß die preussische Koalitionsbildung nur gleichzeitig und im gleichen politischen Geiste mit dem Reichslabnnett vorgenommen werden könne. Daher dürfte sich die preussische Regierungsbildung bis Anfang November verzögern. Es sei unmöglich, sich gegenwärtig in Preußen auf eine bestimmte Koalition festzulegen. Das wird folgendermaßen begründet:

Würde Preußen jetzt die Koalition der Mitte bilden und nach vier Wochen etwa eine Reichsregierung von Wirth bis Breitscheid entstehen, so bliebe die preussische Regierung naturgemäß nicht arbeitsfähig. Aber auch wenn im Reich schließlich auch nur die jetzige Koalition als letzter gangbarer Weg übrigbliebe, so wäre die preussische Koalition der

Mitte auch keineswegs in sich gefestigt. Der volksparteiische Einfluß könnte sich in Preußen kaum fühlbar machen, wenn nicht ein gleichartiger Einfluß auch in der Reichsregierung mitwirkte. Gezielte dann, wie es wahrscheinlich wäre, die preussische Koalition der Mitte in eine Krise, so würde die Deutsche Volkspartei wahrscheinlich wieder auscheiden müssen, während die Sozialdemokraten selbstverständlich in der Regierung verbleiben, da sie dann ja gerade ihr eigentliches Ziel in Preußen erreicht hätten.

Daß es den Sozialdemokraten mit der Bildung einer Koalition der Mitte in Preußen auch durchaus noch nicht ernst ist, geht aus ihrem Wunsch hervor, daß zu den nächsten interfraktionellen Besprechungen in Preußen die Unabhängigen hinzugezogen werden sollen. Da wohl auch die Mehrheitssozialisten an ein Bündnis von der Deutschen Volkspartei bis zu den Unabhängigen nicht glauben, so kann die sozialdemokratische Forderung nur den praktischen Zweck haben, die Deutsche Volkspartei vor den Kopf zu stoßen. Denn es ist nicht anzunehmen, daß sich die Volkspartei mit den Unabhängigen zur Besprechung eines gemeinsamen Regierungsprogramms überhaupt auch nur für einige Stunden an einen Tisch setzen mag. Wenn von demokratischer Seite der Meinung Ausdruck gegeben wird, alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien könnten sich sämtlich untereinander als regierungsfähig betrachten und demgemäß auch über ihre Programme miteinander ernsthaft diskutieren, so ist das eine graue Theorie. Höchstwahrscheinlich werden die interfraktionellen Besprechungen in Preußen, die vorläufig noch nicht wie im Reich auf den toten Punkt gekommen sind, infolge der Hinzuziehung der Unabhängigen ebenfalls dorthin gelangen. Wenn die Deutsche Volkspartei an den Verhandlungen mit den Unabhängigen nicht teilnimmt, so wären die weiteren Besprechungen auch für die Demokraten zwecklos, weil namentlich die preussischen Demokraten eine einseitige Erweiterung der Koalition nach links lebhaft bekämpfen.“

In diesen Ausführungen des rechtsparteiischen Blattes steht ziemlich viel Resignation. Es wird damit gerechnet, daß die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition im Reich scheitern, daß die Regierung Wirth in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung sich als die einzig mögliche herausstellen könnte. Dann aber wäre auch die preussische Rechtsregierung auf die Dauer unmöglich.

Hat der Görlicher Beschluß den reaktionären Herrschaften den Kamm mächtig schwellen lassen, so scheint ihnen die Antwort der Unabhängigen Sozialdemokratie großes Unbehagen zu verursachen. Wir können ihnen das nachfühlen.

Maisverarbeitung und städtische Milchversorgung

Das landwirtschaftlichen Kreisen erhalten mit die folgende bemerkenswerte Aufschrift. Wir geben sie wieder, obwohl wir ihr bezüglich der Herstellung von Branntwein aus Kartoffeln und Mais nicht zustimmen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß für eine zutreffende Beurteilung des landwirtschaftlichen Brennweizens einschließlich der Verarbeitung von Mais an Kartoffeln nicht parteipolitische Gesichtspunkte, sondern nur Richtlinien wirtschaftlicher Art maßgebend sein dürfen. Daß hierdurch die scharfe Kritik, welche die „Freiheit“ an den Mischständen der mit staatlicher Beihilfe erfolgten Maisverbilligungsaktion geübt hat, in keiner Weise abgeschwächt wird, ist selbstverständlich. Im Gegenteil, diese Kritik einerseits sowie der Standpunkt unbedingter Sachlichkeit und Objektivität andererseits gewährleisten gerade den Erfolg unserer stets auf die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gerichteten Bestrebungen, als auch damit der erreichbar vollkommensten Ernährung der Massen in den großen Städten und Industriezentren. In diesem Zusammenhang drängt der gegenwärtige Zeitpunkt dazu, sich einmal des näheren rein sachlich mit der Maisverarbeitung zu beschäftigen.

Der Beginn der neuen Brennkampagne steht vor der Tür. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg hat dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf seine Anfrage als Abhilfemaßnahme gegen die Folgen der Dürre und der zu erwartenden Futtermittelnot u. a. „verstärkte Zulassung des Maisbrandes, da die Maischlempe die Milchgewinnung besonders fördert“, vorgeschlagen; ebenso verlangt der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft angeblich auf Grund der von ihm in weiten Kreisen des Reiches festgestellten außergewöhnlichen Futtermittelnot und im Interesse der Milch-, Fleisch- und Fettversorgung an erster Stelle „Zulassung der Verarbeitung von Mais zu Branntwein zwecks Gewinnung möglichst großer Schlempemengen“. Und schließlich ist die agrarische Presse eifrig bemüht, eine wesentliche Steigerung der Milchproduktion durch den Maisbrand an der Hand von Ablieferungsergebnissen aus dem Jahre 1921 im Gegensatz zu 1920 zahlenmäßig nachzuweisen und den Maisbrand bzw. das Eintreten für seine Forcierung auch den städtischen Milchverbraucher als Alibiinstrument gegen die Milchnot anzupreisen.

Es kann dahingestellt bleiben, bis zu welchem Grade für diese Idee in der auf Wahrung des Konsumenteninteresses abzielenden Bestrebungen in Wirklichkeit das pekuniäre Interesse der Brennereibesitzer ausschlaggebend ist. Jedenfalls haben es letztere und ihre Trabanten sehr bequem, in dem Augenblick, in dem es sich um die Sicherung ihres Profits handelt, gleichzeitig ihr Herz für die milchbedürftigen Städte zu erhitzen und mit entsprechender Stimmungsmache für ihren Geldbeutel zu sorgen, zumal hinsichtlich der unbestritten gegenwärtigen Wechselwirkungen zwischen Schlempefütterung, Milchsteigerung — und damit Milchverarbeitung — sowie sonstiger Ertragsvermehrung sachlich kein Zweifel besteht, sondern sogar gewissermaßen eine politische Einheitsfront, von einzelnen grundsätzlichen Brennereigegnern abgesehen, hergestellt ist.

Am so auffallender bleibt es, daß weder von landwirtschaftlichen Praktikern noch von der ganzen, der Landwirtschaft nahestehenden Wissenschaft, trotz mehrfacher publizistischer Stellungnahme zum Maisbrand bisher auf die zweifellos feststehende Tatsache hingewiesen wurde, daß die Verfüllung der Maischlempe im allgemeinen einen beträchtlichen Rückgang des Fettgehaltes der Milch bedingt. Vielmehr ist hierüber, soweit bekannt, bis jetzt überhaupt nur in der „Freien wissenschaftlichen sozialistischen Agrar-Korrespondenz“ Nr. 28 vom 13. Juli 1921 eine kurze Abhandlung erschienen. Aus ihr läßt sich folgendes schlussfolgern:

Die Hemmung der normalen Bildung des Milchfettes durch die Maischlempe ist naturgemäß um so schwerer zu erklären, als die Frage der Entstehung der Milch im wesentlichen überhaupt noch der Lösung bedarf. Die bisher ähnlich ungeklärte Fettbildung in der Milch dürfte nach den bisherigen wissenschaftlichen Reultaten als rein physiologisch-chemischer Vorgang anzuspüren sein. Seine Störung bei Verfütterung von Maischlempe ließe sich auf möglicherweise der letzteren eigene Gifte (Toxine) zurückführen. Vielleicht muß man auch die Dispositionen, denselben zu unterliegen, den Nachwirkungen der schlechten Ernährung in den Kriegsjahren zuzuschreiben. Keinesfalls ist der nachteilige Einfluß der Maischlempe auf den Fettgehalt der Milch durchweg gleichartig, sondern er ist ein je nach Rasse, Alter, Laktation und sonstiger Veranlagung völlig verschiedener, also ein rein individueller. Mit anderen Worten: Der Rückgang des Fettgehaltes nach Maischlempeverfütterung braucht nicht immer, pflegt aber fast durchweg ein beträchtlich unter den normalen Stand fallender zu sein.

So unzureichend die wenigen bisher ausgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen sein mögen, so genügen sie doch zur Feststellung dieses Mischstandes an sich und zwingen daher

Besteuerung des Börsenverkehrs

Ein Gesetzentwurf der Reichstagsfraktion der U. S. P. D.

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem aller Handel an der Börse einer Umsatzsteuer unterworfen werden soll, und zwar nicht nur der Handel mit Wertpapieren einschließlich Zahlungsmittel auf ausländische Währung, sondern auch mit Gold und Silber in Barren und inländischen Münzen sowie mit börsenmäßig gehandelten Waren. Auch im Auslande abgeschlossene Geschäfte, gleich, ob sie durch Briefwechsel, Telegramm oder Fernsprecher zustande gekommen sind.

Der Entwurf unterscheidet drei Steuerklassen: Besteuerung von Händlergeschäften (bei denen sämtliche Vertragsnehmer Händler sind), Besteuerung von Kundengeschäften (wenn nur der eine Vertragspartei inländischer Händler ist) und Besteuerung von Privatgeschäften. Der Steuerfuß ist für die verschiedenen Abstände verschieden, je nachdem, ob es sich um den Handel mit Schulverschreibungen, die während des Krieges oder zu anderen Zeiten ausgegeben wurden, um Schul- und Rentenverschreibungen inländischer Gemeinden und Gemeindeverbände, Hypothekendarlehen, Schiffobeliehungsbanken, Siedlungsgesellschaften usw., um Aktien, Genossenschafts- und Bezugsrechte, um ausländische Banknoten, Papiergegeld und ausländische Geldsorten, um Waren oder anderes handelt. Händlergeschäfte werden am niedrigsten, Kundengeschäfte höher und Privatgeschäfte am höchsten besteuert. Die Steuer selbst ist von beiden vertragschließenden Teilen je zur Hälfte zu tragen.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats wird sich in der nächsten Zeit mit derselben Frage befassen, da ihm ein Antrag zur Vorlage liegt, auf welche Weise die durch die Spekulation von Wertpapieren erzielten Gewinne für eine erhöhte Besteuerung erfasst werden können.

Da diese Frage bereits durch den von uns eingebrachten Antrag im wesentlichen beantwortet worden ist, regte Gen. Hilferding an, in Beratungen darüber einzutreten, welche Maßnahmen getroffen werden können, um durch Kontrolle des Devisenverkehrs und der Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln die Spekulation einzudämmen. Dieser Anrufung wurde Folge gegeben, und der Ausschuß wird bereits in nächster Zeit eine Reihe von Sachverständigen in dieser Frage hören. Ferner wird sich der Ausschuß mit Vorschlägen über eine Reform der Organisation der Steuerbehörden beschäftigen.

Unsere Reichstagsfraktion hat die schleunige Beratung ihres Gesetzentwurfs über die Besteuerung der Börsenumsätze mit allem Nachdruck gefordert. Trotzdem ist es nicht gelungen, dieses Gesetz

das absichtlich in weitgehender Uebereinstimmung mit einer dem Reichsrat bereits vorliegenden Regierungsvorlage gebracht wurde, zur Verabschiedung zu bringen, bevor die Beratung des Reichstages erfolgte. Es ist außerordentlich bedauerlich und wirklich nicht zu rechtfertigen, daß auf diese Weise die Spekulation ungehindert ihr Spiel fortsetzen kann und dem Reich dadurch bedeutende Einnahmen entgehen.

Deutsche Kriegsbeschuldigten-Prozesse

Verurteilung in Abwesenheit

Ville, 5. Oktober.

Das Kriegsgericht in Ville hat gestern noch eine Reihe deutscher Offiziere und Soldaten in Abwesenheit verurteilt. Drei Offiziere wurden zum Tode verurteilt, nämlich der Major Haukel (nach einer Havasmeldung Hartel), Kommandant von Cateau, weil er 1914 fünf Einwohner von Cateau ohne Urteil habe erschließen lassen, der Offizier Ramrath, der beschuldigt wurde, im Dezember 1914 den Lehrer Leon Clois in Bavain ermordet zu haben, der Leutnant Pfeiffer wegen angeblichen Totschlags, Mißhandlung und Einbürgerung des Dorfes Taminés in Belgien, wo 320 Einwohner auf seinen Befehl erschossen worden sein sollen. Weitere neun Offiziere und Mannschaften wurden zu Zuchthaus und anderen Strafen verurteilt, darunter die Soldaten Herz und Klasse zu lebenslänglicher Zwangsarbeit wegen angeblichen Totschlags und Mißhandlung, begangen in Wignehies und Hellemmes, Gendarmenleutnant Gansloweit, Gendarm Hermann, Seger, Frickopp, Kaiser, Veterinär Ludwig und Leutnant Fischer.

Die Wiesbadener Verhandlungen

Die Unterzeichnung des Abkommens

Paris, 5. Oktober.

Die „Petit Parisien“ mitteilt, verläßt Minister Douceur heute Abend Paris, um sich nach Wiesbaden zu begeben. Die erste Zusammenkunft mit Minister Rathenau sei für Donnerstag vormittag vorgesehen. Die Beratungen würden Freitag um die Mittagsstunde zu Ende gehen. Der eigentliche Zweck der Reise sei die Unterzeichnung des Abkommens. Nach der Unterzeichnung seien nur noch Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung zu erledigen.

zu der entschiedenen Forderung nach sofortigen Maßnahmen zu seiner vollkommenen Beseitigung. Diese Forderung muß um so dringender erhoben werden, als die Bedeutung der landwirtschaftlichen Brennereien für die großstädtische Milchversorgung in den Wintermonaten eine ausschlaggebende ist.

Nun betrachte man einmal die Vorgänge so, wie sie sich tatsächlich abspielen. Es ergibt sich zunächst die höchst schmerzhafte Rechtsfrage: Wie soll derart fettarme Milch bezahlt werden? Daß der mangelhafte Fettgehalt nicht auf mechanische Eingriffe der beteiligten Produzenten und Händler zurückzuführen, sondern lediglich auf das Schuldkonto der bösen Maischlempen zu setzen ist, ändert an dem Umstand nichts, daß die Milch nicht nach ihren Kalorien- und sonstigen ernährungswichtigen Bestandteilen, sondern nach ihrem Fettgehalt bewertet wird. Wenn einzelne Kommunen unter Beibehaltung der Bezahlung wie für vollwertige Milch sich damit trösten, daß sie diese fettarme Milch verbüttern, so leisten sie damit der Allgemeinheit einen recht schlechten Dienst. Sie begehen eine doppelte Ungerechtigkeit, nämlich einmal den normalfette Milch liefernden Landwirten und andererseits den städtischen Verbrauchern gegenüber. Ganz abgesehen aber davon, daß es einen wirtschaftlichen Aufzug bedeutet, mit großen Aufkosten nach der Stadt geschaffte, zum Frischverzehr bestimmte Milch bei geringer Ausbeute zu verbüttern, müssen wieder vor allem die milchbedürftigen Verbraucher leiden, denn sie sind es, die mit ihrer Gesundheit die Mißstände letzten Endes zu bezahlen haben.

Auf welche Art sich die Beseitigung der letzteren möglichst schnell erreichen läßt, ist eine ebenso brennende wie schwer zu beantwortende Frage. Vielleicht können folgende Anregungen als Anhalt bzw. als Ausgangspunkt dienen:

In erster Linie müßte von der praktischen Landwirtschaft, d. h. den Maischlempen verfüttenden Rühlfarmern, die Verpflichtung den Verbrauchern gegenüber anerkannt und erfüllt werden, durch Ausföhrung zweckmäßiger Fütterungsversuche mit anschließender Untersuchung des Fettgehalts zur Klärung des Sachverhalts nach Kräften beizutragen. Damit diese Versuche nicht in ein planloses Herumprobieren ausarten, würden sie nach besonderer Vorschrift der landwirtschaftlichen Abteilungen der Landwirtschaftskammern auszuführen sein.

Die intensive Mitarbeit der letzteren sowie auch diejenige der Herdbuchgesellschaften und Tierzuchtinspektoren ist unbedingt erforderlich.

Naturngemäß wäre die Hauptarbeit von der berufsmäßigen Wissenschaft zu leisten. Es liegt nahe, in erster Linie an die Universität Leipzig (Möckern) zu denken.

Es bleibt dringend zu wünschen, daß Landwirtschaft, Wissenschaft und Behörden zu den besprochenen Mißständen Stellung nehmen, und daß sie es bald tun. Im Interesse der großen Verbrauchermasse, die auch bei bescheidensten Ansprüchen von Tag zu Tag um ihre Ernährung schwerer zu kämpfen hat, kann von dieser Forderung nicht abgegangen werden.

Die Dolchstoßflüge

Herr Hindenburg hat sich vor einigen Tagen wieder einmal als Märchen erzähler produziert. Er hat dem Redakteur einer deutschnationalen Zeitung in Hamburg eine Unterredung gewährt, wobei er besonders für die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge eintrat und dann die Pflege des Geistes der Wehrhaftigkeit forderte. Einige Tage vorher hatte Ludendorff dem Vertreter eines französischen Blattes gegenüber geäußert, die nationalen Kreise Deutschlands dächten nicht an einen neuen Krieg. Hindenburg ist also wenigstens in dieser Beziehung ehrlicher als sein früherer Adjutant. Aber nur in dem einen Punkt. Denn nach allerlei Belanglosigkeiten prägte er den folgenden Satz: „Vergleichen wir die Legende ab dem Dolchstoß von hinten, und doch haben wir täglich neue Beweise dafür.“

Wir nehmen an, daß Herr Hindenburg weder eine Zeitung, noch ein Buch liest, sonst müßte er zum Beispiel wissen, daß er hier eine glatte Unwahrheit ausgesprochen

hat. Gerade in den letzten Tagen sind von militärischer Seite neue Beweise über die Verrätherie der Dolchstoßlegende erbracht worden. So bezeichnet der Oberst Schwedtfeger am 12. September im „Tag“ das Märchen vom Dolchstoß der Heimat als eine der übelsten Errungenheiten der Nachkriegszeit. Es wäre an der Zeit, dieses Schlagwort endlich nicht mehr zu gebrauchen. Herr Oberst Schwedtfeger, ein durchaus rechtsgerichteter Mann, steht mit seinem Urteil über die deutsch-nationale Agitationslüge nicht allein. Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte gestern früh Major a. D. Deutelmöser, der ehemalige Direktor der Nachrichtenabteilung, einen Artikel, in welchem er die Dolchstoßlegende als ein Sprengmittel bezeichnet, welches vom Auslande her eingetragene worden sei, um Zwietracht zu säen. Herr Deutelmöser schreibt:

„Die Behauptung, das tapfere deutsche Heer sei von der eigenen Heimat verraten worden, ist noch vor dem Abschluß des Krieges in dem damals feindlichen Ausland entstanden. Sie war also zweifellos darauf berechnet, uns zu schaden, und andere Folgen hat sie denn auch in der Tat bisher nicht gehabt. Unter den vielen Sprengmitteln zur Zerstörung der deutschen Eintracht zeichnet sie sich durch besondere Wirksamkeit aus.“

Die Dolchstoßlegende wäre schon längst erledigt, wenn sie sich ohne weiteres klar darthätigen ließe. Zunächst muß gesagt werden, daß sie, grundsätzlich angesehen, offenkundiger Unsinn ist, denn die deutsche Heimat hätte zugleich mit dem Heer sich selber verraten. Schon deshalb kann von irgendeinem bewußten Gesamtschuldigen gar keine Rede sein. In einem Lande, dessen bewaffnete Macht verfassungsmäßig auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht, ist das Heer mit der Heimat organisch so sehr verbunden, daß eine mechanische Trennung beider unmöglich ist. Ohne Trennung aber gibt es auch keine Feindschaft, und ohne Feindschaft kommt ein Dolchstoß nicht in Betracht. Wenn in Deutschland also dennoch einer gefährt worden wäre, könnte sich der nicht gegen das Heer, sondern nur gegen irgendwelche, mit Recht oder Unrecht als völkerverfälschende Teile des Heeres gerichtet haben.“

Herr Deutelmöser weist dann weiter auf die Fehler der militärischen Führung hin, der das deutsche Volk blindlings vertraut habe, bis es einsehen mußte, welches Unheil die Menschenvergötterung ist. Der Dolchstoßlegende sei mit vollem Recht der Einwand entgegenzuhalten, daß die Heimat überrannt und zerstört war, als plötzlich nicht etwa die politische Reichsleitung, sondern die oberste Heeresleitung erklärt habe, der Krieg sei verloren. Schließlich hebt er noch hervor, daß der Zusammenbruch erst im Anschluß an die Verkündung der völligen Niederlage eintrat.

Durch das offene Bekenntnis zur Wahrheit hat sich Herr Major Deutelmöser bereits den Haß der deutschnationalen Parteipresse zugezogen. Sie ist wegen seiner Veröffentlichung ins Loben geraten. Wer nicht lügt, der fliegt!

Ein deutschnationales Heftblatt verboten

Das Presseamt des braunschweigischen Staatsministeriums teilt uns mit:

Das braunschweigische Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. September 1920 auf die Dauer von einer Woche verboten und zwar vom 5. Oktober bis zum 11. Oktober 1921 einschließlich.

Die „Neuesten Nachrichten“ haben die am 1. Oktober 1921 von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums Sepp Dertter im Reichstag abgegebene Erklärung über das prozessierende Auftreten von Angehörigen der hiesigen „Stahlhelm-Organisation“ und die hier beabsichtigte Herzt-Verammlung zu einer maßlosen Hege gegen den Minister Deter sowohl, wie überhaupt gegen die Regierungsmassnahmen zum Schutze der republikanischen Verfassung benutzt. Zu dem Bericht über die Rede des Ministers Dertter im Reichstag sind seitgedruckte Zusätze erschienen, in denen Leichtfertigkeit und Unwahrheit vorgeworfen werden und u. a. von dem deutschnationalen Weltbeutler gesprochen wird, der das Ministergehalt des Herrn Dertter bezahle. Der Bericht selbst ist noch dazu tendenziös entstellt wiedergegeben. Dieser Artikel ist nur ein Teil einer seit langem planmäßig von den „Neuesten Nachrichten“ betriebenen Hege, welche mit der bekannten Entlassung der „Stahlhelm-Jünglinge“ aus der Schutzpolizei einsetzte. Durch derartige

Artikel wurde eine Atmosphäre geschaffen, welche geradezu zum Nord ansteigte. Die „Neuesten Nachrichten“ haben die Hege auch in der Nummer vom 5. Oktober fortgesetzt. „Riß“, „Massenfütter“, „abgeariffen bis zum Ekel und innerlich verlogen“, „Inzismus und Verbeiß“, „moskowitisch-unabhängigen Zulchnitts“ sind nur ein kleiner Auschnitt der Ausführungen. Der Artikel endet damit, die republikanischen Verfassungszustände überhaupt in Frage zu stellen. „Man kann jedenfalls der Meinung sein, daß das eine jämmerliche und ihrer Aufgabe keineswegs gemachene Regierung wäre, die durch ihre Maßnahmen erst dem Widerstand aufsteht, um ihn dann mit viel Geschrei bekämpfen zu können.“ So schließt der Artikel.

Die Regierung hat lange gezögert, bis sie sich zu einem derartigen Schritt gegen diese planmäßige Zeitungshege entschlossen hat. In weiten Kreisen des Volkes war bereits eine große Erregung eingetreten über diese Verhöhnung des Staates. Es war zu befürchten, daß, wenn seitens des Staatsministeriums nicht eingegriffen würde, es zu Störungen des öffentlichen Friedens kommen könnte. Das Staatsministerium war deshalb verpflichtet, im Interesse des inneren Friedens zu der Maßnahme zu greifen, die „Neuesten Nachrichten“ auf die Dauer von einer Woche zu verbieten.

Weslungarn macht sich selbständig

Wien, 4. Oktober.

Die „Politische Korrespondenz“ teilt mit, daß die österreichische Regierung folgendes Telegramm erhalten hat:

Oberwart, 4. Oktober.

Das Volk Weslungarns hat in dem im Sinne des Trianoner Friedensvertrages geräumten Gebiete die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Neutralität dieses Gebietes und seiner Bevölkerung am 4. Oktober 1921 um 12 Uhr mittags proklamiert. Es hat den Oberkommandanten mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes betraut. Gleichzeitig hat sich die Einwohnerschaft der Bezirke Neusiedel, Eisenstadt, Salsompa, Oberpollendorf und Neumetzwar der Proklamierung der Unabhängigkeit angeschlossen.

Zu diesem Schritt, der von Stefan Friedrich ausgeht und den glatten Bruch des Vertrags von Trianon bedeutet, erläßt die Ung. Telg.-Korr. eine Erklärung, in der von diesem Vorhaben abgerückt und ihm keinerlei Bedeutung zugemessen wird. Schuld daran sei Deutschland, das das ihm von Ungarn abgetretene Gebiet nicht übernommen habe. Das ist natürlich eine glatte Verdrehung der Tatsachen, da das abzutretende Gebiet vollständig von bewaffneten ungarischen Bänden besetzt ist. Die ungarische Regierung, die zuerst die Bänden gewährt ließ, rückt erst jetzt von ihnen ab, nachdem ihre die Bewegung über den Kopf gewachsen ist und sie jede Macht verloren hat.

Welche Kräfte in Wirklichkeit hinter den Wachsenhaften in Weslungarn stehen, geht aus der nachfolgenden Schilderung hervor, die die ungarische Korrespondenz aus Wien meldet und die sich mit dem Urteil der „Wiener Arbeiterzeitung“ deckt. Danach handelt es sich um die Angliederung eines neuen Monarchistenputsch. Es heißt dort:

Während die ungarische Regierung offiziell die Bereitschaft zur Räumung des westungarischen Gebietes ausgesprochen hat, machen die Aufständischen in Weslungarn selbst keine Miene, das Land wirklich zu verlassen. Im Gegenteil treffen immer neue Verstärkungen ein, die den Aufmarsch an der österreichischen Grenze vollenden. In Steinamanger und Debenburg befinden sich die Hauptkonzentrationspunkte der Aufständischen. Hier ist auch der Versammlungsort aller karlistischen Elemente, die aus Ungarn, Österreich und Süddeutschland kommen. Die Anordnungen der Budapest Regierung werden von der militärischen Leitung der Aufständischen unbeachtet gelassen.

In Budapest herrscht im Hause Stephan Friedrichs ein ständiges Kommen und Gehen von Offizieren und Politikern, die der karlistischen Bewegung nahe stehen. Alle Anzeichen, wie auch die kaum mehr verhüllten Drohungen und Pläne Friedrichs selbst, weisen darauf hin, daß ein neuer Schlag bevorsteht. In eingeweihten Kreisen war von vornherein kein Zweifel darüber, daß Friedrich in dem Zeitpunkt, wo die westungarischen Aufständischen durch ihren erfolgreichen Widerstand gegen die Entente und gegen die ungarische Regierung die Stimmung der patriotischen Bevölkerung auf ihre Seite gebracht haben würden, seine Karrieren aufbauen und den Erzönig Karl zunächst in Weslungarn zum rechtmäßigen König proklamieren würde. Dieser Moment scheint jetzt gekommen zu sein. Nach zuverlässigen Nachrichten aus dem westungarischen Gebiete selbst wird die Rückkehr Karls für Mitte Oktober vorbereitet.

Unser Sprechchor

Der Sprechchor wird einmal keines der kleinsten Ruhmesblätter für die Kulturarbeit unserer Partei sein. In ihm ist der Ausdruck eines gemeinsamen Fühlens, einer gemeinsamen Vorstellungswelt der Masse, durch die Masse endlich wiedergefunden. Mit Ehrfurcht aber, doch nicht mit besserem Verständnis, stehen wir vor den mächtigen Chören des antiken Dramas, die wir nur verstandesmäßig begreifen können, weil uns die religiöse Einstellung der antiken Menschen abgeht. Der Sozialismus, beruhend auf dem Verbundenheit durch die Arbeit, schafft ein neues Gemeinschaftsgefühl, ein diesseitiges, weltliches, aber auch ein Gefühl sittlicher Kraft und umfassender Menschlichkeit.

Nach können wir die Zeit der Freiheit nur ersehnen, erwarten, erkämpfen, aber in unseren Herzen wächst in der Hoffnung schon die beglückende Sicherheit des Kommenden. Das ist die Grundlage auch für diese künstlerische Manifestation, die ganz von selbst kommt, weil sie selbst nur empfunden ist.

Ich muß gestehen, daß ich nicht ohne Belorgnis zu der Probe des Sprechchors gegangen bin. Ich befürchtete den krampfhaften Versuch von Dilettanten, etwa im Stil der Piebhaberbühnen zu leben.

Es war eine schöne Enttäuschung. Es zeigte sich, daß das gesprochene Wort seiner schauspielerischen Technik bedarf, wenn es nur der geformte Ausdruck instinktiven Erkennens ist. Die Worte des Dichters werden nicht deklamiert, sie werden neu gebildet von den Schmerzen und den Hoffnungen der Sprechenden.

Wenn in den Rhythmen des Arbeiterdichters der Hilfschrei des hungernden Kuhlans ruft, wenn er jammert, stöhnend, fordernd aus der Symphonie der Männer, Frauen und Kinder klingt, dann hört die Masse auf ein abstrakter Begriff zu sein, dann spricht das Volk in eigener Person.

Wie sie bei der Sache sind! Sie haben den Tag über gearbeitet, aber hier zeigt keiner Ermüdung. Mit leuchtenden Augen folgen sie den Anweisungen des Genossen Lortz, mit immer gleicher Begeisterung wiederholen sie jede Stelle, bis sich aus dem Auf- und Abschwollen der Einzelstimmen der volle Vielklang ergibt.

Man darf gespannt sein, wie der neugebildete und geschulte Sprechchor in den proletarischen Feiertunden im Großen Schauspielhaus wirken wird, aber man kann schon jetzt sagen, daß er eine Verbindung zu gemeinsamer Erhebung darstellt. Für unsere Demonstrationen eröffnet sich damit ein völlig neuer Weg zu künstlerisch-verbildeten Ausdrucksformen.

Der Sprechchor wird zum erstenmal in den proletarischen Feiertunden am 23. Oktober auftreten. Das Programm sieht folgende Gedichte vor: Kuhlans 1921 von dem Wiener Arbeiterdichter

Alfons Behold; Enttelte von Richard Dehmel; Bei und Arbeit von Georg Herwegh; Chor aus „Epimenides“ Erwachen“ von Goethe. Dazwischen wird Lothar Müthel vom Staatstheater registrieren. Den Schluß bildet das Revolutionslied Kurt Eisners. Ueber den weiteren Inhalt des Programms werden wir noch berichten.

Selbstverständlich kann der Sprechchor nicht groß genug sein. Es werden besonders Männer gebraucht, aber auch Frauen und Kinder können noch teilnehmen. Die Proben finden jeden Donnerstag 7½ Uhr im Gymnasium in der Steinstraße statt; dabei erfolgen auch die Aufnahmen, zu denen sich hoffentlich noch viele Genossen melden werden.

H. E. K.

Was will der Buddhismus?

In der Gesellschaft für Forschung und Aufklärung sprach Herr W. Steink über dieses Thema und regte viele Gedanken an. Ich habe seinen ersten Vortrag „Die buddhistische Weltanschauung und ihr Einfluß auf den Westen“ nicht gehört. Ich nehme an, daß er also bereits über die Metaphysik des Buddhismus gesprochen hat und diesmal mehr auf die Ethik eingehen wollte. Man muß sagen: Herr Steink versteht es, für den Buddhismus Anhänger zu werden, und das ist gut. Denn eins ist gewiß: Der Buddhismus macht — so wenig er ein unsern Gesellschaftsverhältnissen entsprechendes Religionsystem ist —, er macht die Seele mild und füllt sie mit Liebe gegen alles Lebendige.

Worin aber seine eigentliche Erlösung besteht, das ist immer noch der kritische Punkt. Darüber hat uns der Vortragende zu wenig gesagt. Das Nirwana, das heißt, das Jenseits, das Nichts, das Alles, die Ruhe, die endgültige Befriedigung im Ausgeschieden sein und in der Gewißheit, nie mehr in die materielle Welt zurückzukehren, alles dies setzt mindestens so viele Hypothesen voraus, wie die anderen Religionen, die im Gegensatz zum Buddhismus einen Gott annehmen.

Und bei alledem ist zu bedenken, was der heilige Buddha selbst gewußt hat: daß jede Zeit einer neuen Lehre bedarf. Heute kann uns keine der bestehenden Religionen mehr retten. Die Luft ist anders geworden, das Herz anders, die Menschheit wächst und verwandelt sich von Jahrtausend zu Jahrtausend wie ein ungeheurer, machineller Baum, dessen Absterben noch lange, lange nicht voraussehen ist.

Und auch dies ist klar: zwei Wege sind es immer, die die Menschen gehen; der eine ist der Gottesweg, das ist der Weg mit dem gefüllten und geschauten Gott, dem Anfang und Ende aller Geheimnisse, und der andere ist der Weg ohne Gott. Die Gottesreligionen, die die Welt bejahen, die Kunst, Leben und Kämpfen frohlockend hinnehmen, sind die älteren, die „gottlosen“ Religionen, eigentlich laun Religionen zu nennen, sind jünger. Re-

ligion wird eine Anschauung erst, wenn sie das Endziel bejaht und im Ich wurzelt. Im Buddhismus aber ist das das Gefährliche, daß seine letzte Scheinbare Beziehung, das Nirwana, zu einem Nichts wird, wenn das Ich, wenn die Seele, wenn eine letzte III-Macht und ein letztes, außer und mit uns waltendes, Allwesen geleugnet wird.

Der Buddhismus aber ist noch eher Religion als der Manismus z. B., und deshalb auch weit eher ethisch als diese oder eine andere philosophische Weltanschauung, nur ist er tief einseitig und belächelt die Größe und den Kampf der herrlichsten Menschenschöpfungen, deren Glück weit über den Begriff des Glückes hinausgeht, mit Unrecht, durch seine Verneinung eines jeden Lebenswillens.

Es regt sich in der Welt der Herzen; man will einen Gott, man sucht Erlösung aus der Materie. Ich glaube, nur die Erlösung, die schon diese Welt zum Paradies macht, wird von den Menschen als ein neues Licht, als die neue Lehre, nach allen bisherigen Religionen, mit Befriedigung und neuem Mut empfangen werden.

Der Weise drum, der Weltenkenner,
Der Heilige, ders End' erreichte,
Der Stillgewordene, das Ende schauend,
Giert nicht nach dieser, nicht nach jener Welt.“

Es lautet eine Strophe aus dem „Wiererbuch“ (Reden Buddhas). Nicht nach dieser Welt und nicht nach jener Welt verlangen, dazu gehört eine Macht, unerreichbar, so vollkommen unerreichbar wie das Ansehen Gottes von Angesicht zu Angesicht, das der Buddhismus vor den anderen Religionen beweielen haben will. Aber die beiden Wege, die einzigen, die zu gehen möglich sind, die Wege nach dieser und nach jener Welt, sie kreuzen einander, und dort, nur dort ist der Punkt, der zum Himmel werden kann. Dort wird Gott zum Un-Gott und der Un-Gott zum Gott. Dort erscheint wie eine Sonne: die Herrlichkeit, die Größe selber, die tief ins Herz hineinleuchtet und durch neue Milde die schnüchlige, nicht glorie Menschheit mit unvergänglichem Glücke ausfüllt.

Urno Kadel.

Der Hühnerhof. Kammerspiele. Die erotischen Gefühle und sexuellen Bedürfnisse des Menschen sind an und für sich sehr einfach und sehr harmlos. Die Gesellschaftsordnung und Moral verschiedener Jahrtausende, die christlich-orientalische, die heidnisch-europäische, die kirchliche, die feudale, die bürgerlich-kapitalistische Moral sie alle haben aus diesen einfachen und natürlichen Gefühlen und Bedürfnissen ein wildes Chaos von Pflichten, Anrechten, Unwahrheiten, Unanständigkeit, Hemmungen und Heucheleien gemacht. In dieser Wildnis von Heuchelei und Unanständigkeit gedeiht, neben anderen jeteren und manchmal auch hübscheren Pflanzen, das Luffspiel, das

Der Aufbau der Straßenbahn

Zunehmende Wirtschaftlichkeit des Betriebes — Auffallender Rückgang der Unfälle

Wie auf allen Gebieten, so hat der Krieg auch in der Verkehrs- politik der Großstädte den schwersten Schaden angerichtet. Durch die Anknappung des Materials und den Mangel an Arbeitskräften mußten Reparaturen an dem Wagenmaterial in größerem Umfange unternommen und während langer Jahre wurden die Straßenbahnen ganz bedeutend heruntergewirtschaftet. Die Finanznot der Gemeinden nach dem Kriege führte dazu, die noch nicht wiederaufgebaute Straßenbahn als eine wesentliche Einnahmequelle zu benutzen, und so ergab sich als Folge all dieser Erscheinungen, daß auch die Große Berliner Straßenbahn allmählich in Verfall geriet.

In den letzten Monaten ist es einer umsichtigen Leitung endlich gelungen, wenigstens die finanziellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Straßenbahn zu schaffen. Es weiß in Berlin jeder Mensch, der die Straßenbahn häufig zu benutzen gezwungen ist, daß noch immer viele Uebelstände bestehen und daß der Verkehr der Straßenbahn, was den Zustand der Wagen, den Zeitabstand und die Linienführung betrifft, mancherlei zu wünschen übrigläßt. Trotzdem muß anerkannt werden, daß sich alle diese Uebelstände nur dann abstellen lassen, wenn die Mittel dafür vorhanden sind, und in diesem Punkte befindet sich die Berliner Städtische Straßenbahn auf einem erfreulichen Wege des Fortschritts.

Der Fortschritt der Berliner Straßenbahn erstreckt sich aber nicht nur auf eine günstigere Regelung der Finanzen, sondern im Zusammenhang damit stehen auch Bemühungen, den technischen Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten. Ausgehend von der Erkenntnis, daß man aufhören muß, den Menschen als ein Stück Maschine zu betrachten, und vielmehr eine höhere und freudig vollbrachte Arbeitsleistung nur erreichen kann, wenn man die Arbeit individuell gestaltet und die Menschen auf ihre Eignung zu der Arbeit vorher gründlich prüft, hat die Berliner Straßenbahn als erstes Unternehmen der ganzen Welt arbeitswissenschaftliche Methoden bei der Prüfung und Ausbildung der Straßenbahnwagenführer eingeführt. Berlin ist die erste Stadt, die die Bewerber mit psychotechnischen Methoden prüft und die Geeigneten auf eine ganz neue Weise ausbildet.

Ein neuer eleganter Motowagen, der nach amerikanischem Muster erbaut ist und einen Anschaffungspreis von rund 400 000 Mark erfordert, brachte gestern Vertreter der Berliner Presse nach dem Straßenbahnhof Nollendorfplatz. Hier befindet sich die psychotechnische Prüfungsstelle für Straßenbahnwagenführer und die Fahrtschule der Berliner Straßenbahn. Beide Einrichtungen stehen unter der Leitung einer Autorität der Arbeitswissenschaft, des Herrn Oberingenieurs Tramm. Die Einrichtungen wurden eingehend vorgeführt, und man gewann den Eindruck, daß hier im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn und der Betriebssicherheit und damit im Interesse der Allgemeinheit eine Arbeit geleistet wird, die die höchste Anerkennung verdient.

Nach der ärztlichen Untersuchung der Bewerber, bei der in der Regel von 100 Anwärtern schon 50 ausgeschlossen werden, erfolgt die eigentliche psychotechnische Prüfung. Sie besteht darin, daß die Geistesgegenwart, Seh- und Gehörschärfe, Auffassungsgabe, Schreckschwindigkeit, kurz, alle Eigenschaften, auf die es in der Tätigkeit des Straßenbahnwagenführers ankommt, durch besondere Apparate gemessen werden.

Von den gleichen fortschrittlichen Methoden ausgehend, ist der Unterricht in der Fahrtschule neu organisiert worden. Er beruht in wesentlichen auf drei Grundgedanken: Erstens befaßt man die einzelnen Handgriffe und zusammenhängende Tätigkeiten möglichst zu zerlegen, um sie dem Verständnis nahe zu bringen. Zweitens fördert man durch gleichzeitigen Unterricht mehrerer Schüler die gegenseitige Kritik und damit den gegenseitigen Wettbewerb, und drittens zeigt die Einrichtung der Fahrtschule, daß man dem unbewußten Einprägen von täglich gesehenen Dingen mit Recht eine wesentliche Rolle zuschreibt. Der Erfolg dieser neuen Unterrichtsmethode beruht darin, daß ohne Verringerung der Betriebssicherheit die Unterrichtszeit auf 10 Tage herabgesetzt werden konnte, während früher 20 Tage nötig waren. Der Erfolg beider Einrichtungen, der gründlichen Prüfung der Anwärter wie auch der Ausbildung der Prüflinge, ist sogar schon zahlenmäßig in die Erscheinung

getreten. Im Jahre 1921 hat die Berliner Straßenbahn bis jetzt für nahezu 8 Millionen Mark weniger Strom verbraucht als im Vorjahre, und die Unfälle, die durch Verschulden der Straßenbahnwagenführer hervorgerufen werden, haben sich gegen das Vorjahr ganz bedeutend verringert.

Deutsche und ausländische Großstädte haben bereits Vertreter entsandt, um sich diese einzigartigen Einrichtungen anzusehen. Wenn die Berliner Straßenbahn weiterhin in dieser Entwicklung fortfährt, so wird sie allmählich auch in zunehmendem Maße die Möglichkeit gewinnen, den Zustand des Wagenmaterials zu verbessern, den Verkehr noch mehr den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen und alle Uebelstände, die das Elend des Krieges auch auf diesem Gebiete erzeugt hat, allmählich wieder zu beseitigen. Dazu muß aber, wenn die Wirtschaftlichkeit des Betriebes erhöht werden soll, auch eine vernünftige Sozialpolitik treten.

Der deutschnationale Schmutzkübel

In Berlin ist jetzt ein Plakat zu sehen, auf dem die Wappenfigur des Berliner Stadtwappens, der Bär, in roter Farbe abgebildet ist. Eifrige Hände sind dabei, auf diesen roten Bären den Inhalt eines Eimers zu entleeren.

Sinnvoller konnten die Deutschnationalen ihre Handlungsweise gegenüber der Groß-Berliner Gemeinde wirklich nicht darstellen. Bei jeder Gelegenheit, in jedem Flugblatt, in jeder „Jugendzeitung“ Rundgebung zu den Stadtverordnetenwahlen, entleeren sie ihren Schmutzkübel von Verleumdungen über die Einheitsgemeinde. Bei der Rundgebung der Deutschnationalen im Zirkus Busch, die am Sonntag, den 2. Oktober, stattfand, ist von dem Stadtverordneten Schuler die gesamte Arbeiterschaft in einer derartig niedrigen Weise beschimpft worden, daß es bedauerlich wäre, auf das Niveau dieser barbarischen Halunkenkreuler herabzusenken, wenn man diesen Unsrin widerlegen wollte.

Auch in ihrem neuesten Wahlflugblatt, das sich an die christliche Elternschaft richtet, und mit dem wir uns noch einmal kurz beschäftigen werden, behaupten die Deutschnationalen Dinge, die sie wohl selbst nicht glauben, mit denen sie aber hoffen, eine urteilslose Wählererschaft für sich zu gewinnen. Gegen die fittlich hochstehenden, auch von bürgerlichen Pädagogen anerkannten Forderungen und Pläne des Oberstadtschulrats Paulsen wird folgendes gesagt:

„Der Lehrer wird zum Sklaven der Kindeslauen erniedrigt. Der Schulbesuch ist in das Bestehen des Kindes gesteckt, ein Schulwag gibt es nicht mehr.“ (17)

Das ist nur eine kleine Probe, nur ein Tropfen aus dem deutschnationalen Schmutzkübel. Er genügt, um zu zeigen, wie überbütet der ganze Inhalt ist! Jeder reinlich empfindende Mensch muß schon aus Gründen der politischen Sauberkeit dafür sorgen, daß diese niedrigen und gemeinen Herrschaften am 16. Oktober eine gründliche Niederlage erleiden.

Erhöhung des Gaspreises beschlossen

Am Dienstag beschäftigte sich der Stadtverordnetenausschuss, der zur Vorbereitung der Deutung des durch die Lohnenerhöhung entstandenen Preissteigerungs eingeleitet ist, mit der geplanten Preiserhöhung für Gas, Wasser und Elektrizität. In dieser Sitzung wurden vom Magistrat die von unseren Vertretern geforderten Unterlagen über die Wirtschaftlichkeit der Werte vorgelegt. Aus diesen ergab sich, daß zurzeit die Preiserhöhung nicht zu umgehen ist, da alle Erparnismaßnahmen erst in späterer Zeit wirksam werden. Der Ausschuss stimmte daher den Magistratsanträgen zu. Der Preis für Gas wird auf 1,75 M., der für Elektrizität auf 3,50 M., für Kraft auf 1,60 M., für Wasser auf 1 M. erhöht.

Nicht anwesend bei der Entscheidung waren die Kommunisten. Ihr Fernbleiben von diesen Verhandlungen ist absichtlich; sie beabsichtigen sicherlich in der Stadtverordnetenversammlung, ohne von Sachkenntnis beherrscht zu sein, durch Verleumdung dieser Preiserhöhung ihre äußersten Ansichten zur Stadtverordnetenwahl etwas zu heben. Um sich dieses Agitationsmittel nicht zu nehmen, durfte man an den Sitzungen nicht teilnehmen, sonst hätte man dort unter dem Zwang der Verhältnisse zugeben müssen, daß die Preiserhöhungen tatsächlich unermesslich sind.

machen, da ihnen jede Möglichkeit, ihre Werke drucken zu lassen, verschlossen ist. Man ist also auch auf diesem Gebiet zu den Zuständen einer längst vergangenen Kulturperiode zurückgekehrt, in der die Dichter ihre Werke mündlich zur Kenntnis ihres Publikums bringen mußten.

Für Wagnen. Die Generalversammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Bundes entschiedener Schulteser erhebt scharfen Protest gegen das bisherige Geheimverfahren des Rudolstädter Gerichts gegenüber Dr. Gust. Wagnen und verlangt, daß die notwendigen Verhandlungen gegen diesen hervortragenden und durch seine bisherigen Leistungen hochbewährten Erzieher im vollen Lichte der Öffentlichkeit und vor Richtern geführt wird, die bereit sind, den Fall nicht als gewöhnliches Segensdelikt formal-juristisch zu „erledigen“, sondern ihn in seiner unheilvollen Verbindung mit den hohen pädagogischen Ideen und der besonderen schöpferischen Persönlichkeit Dr. Wagnens zu erledigen.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Bela Keresz; Das flitzende Böse. Eine Skizze. — Eugen Georg; China und der Sozialismus. — Wilhelm Bölsche; Der Ursprung des Lebens. — Günther Demler; Oppau. — Rolf Koll; Parade der Taten. — Mutter und Kind.

Tages-Rotizen

Vollstübchen (Theater am Bülowplatz). Freitag wird Strindbergs „Nach dem Hause“, 1. und 2. Teil, mit Helene Feldner, Friedrich Kogler, Heinz Schneider und Edward Rothacker wieder in den Spielplan aufgenommen.

Theater. Neues Volkstheater: „Der Käse nach Hause“ Mittwoch und Freitag. Neues Theater: „Die Schindler“ Freitag. Neues Theater: „Die Schindler“ Freitag.

Konzerthalle. „Sinfonie Nr. 4“ am Sonntag. „Sinfonie Nr. 4“ am Sonntag.

„Der Berliner Schachklub“ ist ein gemeinsamer Klub der Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde.

„Der Berliner Schachklub“ ist ein gemeinsamer Klub der Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde.

„Der Berliner Schachklub“ ist ein gemeinsamer Klub der Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde.

„Der Berliner Schachklub“ ist ein gemeinsamer Klub der Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde.

„Der Berliner Schachklub“ ist ein gemeinsamer Klub der Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde.

„Der Berliner Schachklub“ ist ein gemeinsamer Klub der Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde.

„Der Berliner Schachklub“ ist ein gemeinsamer Klub der Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde, dem Klub der Berliner Schachfreunde.

Höchst und Umgegend

Wir berichteten, daß die Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und Vertretern der Gewerkschaften, welche die Aussperrung in Höchst und Griesheim beenden sollten, von der Belegschaft in Griesheim sofort abgelehnt worden sind. Inzwischen sind die Bestimmungen auch in den übrigen Werken vorgenommen worden. Ueberall hat sich eine Ablehnung der Bedingungen mit überwältigender Mehrheit ergeben. Für den Charakter dieser Bedingungen war entscheidend, daß die Wiedereinstellung der Aussperrten nach Maßgabe des Bedarfs und nach dem freien Ermessen der Werkleitungen erfolgen sollte. Die Absicht der Unternehmer, bei der Wiedereinstellung eine Ausleseung unter den Arbeitern vorzunehmen, trat also im Wortlaut dieser Bedingungen deutlich hervor. Wir hatten schon einige Tage vorher auf dieses Ziel der Aktion des Unternehmertums hingewiesen, und dieser Bestandteil der Bedingungen dürfte der Grund für die Ablehnung durch die Arbeiterschaft sein. Der ganze Kampf war eine Machtprobe des Unternehmertums, durch die fast die gesamte Bevölkerung einzelner kleiner Gemeinden in der Gegend von Höchst in eine äußerste Schlimme Notlage getrieben worden ist.

Wir haben in unseren Notizen über diesen Gewaltstreik der Scharfmacher mehrfach ein Eingreifen des Reichsarbeitsministers gefordert. Ein solches ist bisher nicht erfolgt. Der Herr Reichsarbeitsminister hielt es anscheinend nicht für seine Aufgabe, den Scharfmachern in der Arm zu fallen. Vielleicht liegt das aber auch daran, daß man im Reichsarbeitsministerium auf dem Standpunkt steht, daß erst die unmittelbar Beteiligten alle Versuche zur Schlichtung unternehmen und alle Möglichkeiten der Beilegung des Streites erschöpfen müßten, bevor ein Eingreifen der Behörden statthaft ist. Wir hegen solchen Verdacht, weil diese Auffassung in den Geschehnissen, die die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zum Zweck haben, mehrfach vertreten wird. Demnach wäre also jetzt auch vom Standpunkt des Reichsarbeitsministers wohl der Zeitpunkt zu einem Eingreifen der Behörden gekommen.

Es kommt hinzu, daß die Gewerkschaften von sich aus in der gegenwärtigen Situation kaum in der Lage sein werden, neue Verhandlungen herbeizuführen. Soll das von den Scharfmachern heraufbeschworene Elend bald beseitigt werden, was uns dringend notwendig erscheint, dann muß jetzt ein dritter Faktor zu den unmittelbar beteiligten Parteien treten, und sie von neuem auf den Weg von Verhandlungen führen. Dieser dritte Faktor kann nur das Reichsarbeitsministerium sein. Aus diesen Gründen wagen wir es noch einmal, das Ministerium an seine Pflichten zu erinnern. Aber wir fügen hinzu, daß ein Eingreifen der Behörde nur dann einen Sinn hat und zum erfolgreichen Ende führen kann, wenn der Reichsarbeitsminister den Mut aufbringt, einen entscheidenden Druck auf das Unternehmertum auszuüben, damit es seine Bedingungen, die durchaus die Bedingungen eines Gewaltstreikens sind, ändere.

Das Elend der Arbeitsinvaliden

Der Vorstand des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands verbreitet in Form eines Flugblattes einen Hilferuf an die Reichsregierung und das deutsche Volk. Der Hilferuf erinnert daran, daß die Arbeitsinvaliden, Invaliden- und Altersrentner, Unfallverletzten, Armenunterstützungsempfänger und ihre Angehörigen außerstande sind, die nötigen Mittel zur Beschaffung von Brot, Kartoffeln, Kohlen, Kleidung usw. aufzubringen. An Renten inkl. Beihilfen und Zulagen erhalten:

1 500 000 Invaliden- und Altersrentner im Durchschnitt pro Tag zirka 2,00 M., 1 200 000 Waisen pro Tag zirka 1,10 M., 200 000 Unfallverletzte im Durchschnitt pro Tag zirka 1 Mark.

Reichsmittel werden außerhalb dieser festgesetzten Renten als ergänzende Fürsorgeleistungen nicht gegeben. Auf dem Wege der Armenfürsorge sollen die Gemeinden helfen, und hier werden Unterstellungen gemährt, die unter Anrechnung der Renten durchschnittlich 150 M. pro Monat im Reich nicht übersteigen.

Das Flugblatt gibt in weiteren Darlegungen eine noch genauere Schilderung der Lage dieser von der kapitalistischen Wirtschaft verdrängten und ausgeschiedenen Arbeitsträfte. Wir haben eine ähnliche Darstellung erst vor kurzer Zeit in einem längeren Aufsatz veröffentlicht. Der Vorstand des Verbandes fordert folgende sofort einzuleitende Hilfsmassnahmen:

„Ausreichende Rentenerhöhung, Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte, Verbesserung der ergänzenden Fürsorge, Bildung eines Reichsauslasses für Invaliden usw. Zum Schluß heißt es: „Wir sehen, wie auf der einen Seite von Teilen unseres Volkes Milliardengewinne erzielt werden, ein unerhörter Luxus sich breitmacht, wie eine Überfülle von Genüssen und Vergnügungen vorhanden ist, wie geschlemmt und geprescht wird, und können wir nicht einsehen, weshalb auf der anderen Seite große Teile unseres Volkes unversorgt auf die elendeste Weise dahinstirben und zugrunde gehen sollen.“

Dieser Kennzeichnung des schreienden Elends brauchen wir nichts hinzuzufügen. Daß wir die Forderungen des Verbandes unterstützen und für vollkommen berechtigt halten, brauchen wir gleichfalls nicht zu betonen.

Die Wirtschaft im September

Die Berichte, die die preussischen Handelskammern im Monat September dem Handelsministerium erstattet haben, zeigen, daß die Industrie fast durchweg gut beschäftigt war. Die Erzeugung ist zum Teil bereits jetzt auf eine Reihe von Monaten ausverkauft. Das bedeutet, daß sich der gegenwärtige Beschäftigungsgrad auch in den nächsten Monaten auf der gleichen Höhe halten wird. Die Arbeitslosigkeit dürfte also in der nächsten Zeit zum mindesten nicht wieder zunehmen.

Die Handelskammern fügen allerdings hinzu, daß es sich hier nur um eine „Eindeckungsnotlage“ handelt, die hervorgerufen wurde durch die Entwertung der Mark. Die Besserung der Wirtschaftslage bedeute also keine wirtschaftliche Gesundung.

Das ist ungefähr daselbe, was wir schon nach den günstigen Berichten über die Arbeitslosigkeit und den Beschäftigungsgrad für den Monat August gesagt haben. Diese Eindeckungsnotlage wird gemäß noch eine Weile anhalten, aber um so schmerzlicher wird der Zusammenbruch empfunden werden, den diesem Ausverkaufsbetrieb folgen dürfte. Es erscheint uns wichtig, immer wieder auf die Gefahr eines solchen Zusammenbruchs hinzuweisen, damit das Reich und die Länder und Gemeinden in der Unterbringung der Arbeitslosen und in der Sorge für ihre ausreichende Unterbringung auch jetzt keinen Augenblick nachlassen.

wir gemohnt sind, „pariser“ Lustspiel zu nennen, obwohl es manchmal aus Krotoschin oder Budapest stammt. Und obwohl es in Paris auch noch ganz andere, sehr viel hübschere und weniger unanständige Lustspiele gibt.

Der „Hühnerhof“ stammt nicht aus Krotoschin, sondern wirklich aus Paris. In diesem Schwank gibt es keine Zwei-, sondern nur Einheitsfiguren — und diese loszulaufen laßt die Anständigkeit nicht natürlich viel sympathischer, als die sonst üblichen überzuderten Schlupfrigkeiten nicht so ehrlicher Sexualkomiker.

„Die Kostüme der Damen sind“, wie der Theaterzeitung sagt, „aus dem Wiener Modellhaus M. Bader, Eßener Straße 53, die Hüte der Frau Arbenina und des Frä. Kristians sind von der Firma M. Gerstel.“ Der Text ist von Tristan Bernard. Alle drei Firmen haben ihr Bestes geleistet. (Daß, nebenbei gesagt, dieser selbe Tristan Bernard, sobald er von der Bühne verschwindet, nach Hause geht und einen Roman schreibt, daß er dann ein regelrechter ausgewachsener Dichter ist — das merkt man diesem Schwank leider durchaus nicht an. Aber es bleibt doch wahr!) Die Herren Edithofer und Thimig waren auf eine sympathische Weise komisch, der erste warz im ersten, der zweite im dritten Akt.

Die Bewertung von Ebbe und Flut. Wie dem Wiener „Handelsmuseum“ aus Marseille geschrieben wird, besteht schon seit langem in französischen Kreisen die Absicht, die Kraftgewinnung aus Ebbe und Flut ins Wert zu setzen. Allerdings dürfte dieses Problem im Mitteländischen Meere niemals zur Verwirklichung gelangen, da selbst bei Springflut der Pegelunterschied höchstens 30 Zentimeter ausmacht. Wesentlich anders verhält es sich an der atlantischen Seite. Der Gezeitenwechsel von St. Malo bringt zwischen Kippebbe und Springflut Wasserhöhen von nicht weniger als 9 bis 11 Meter hervor. Es wird daher in dieser Gegend seit langem der Gedanke erwogen, die hier wirksamen Kräfte auszunutzen. So läuft bei Roche-Gonde seit vielen Jahren eine Wasser- mühle, die aus einem durch Deiche gebildeten und durch die Flut gespeisten großen Wasserbehälter Antrieb erhält. Nach diesem Grundgedanken will nun die Société Bretonne mit Hilfe einer vom französischen Staat bewilligten Unternehmung von zwei Millionen Franken das Beden der Rance in der Bretagne für den Ausbau einer Gezeitenkraftausnutzung einrichten. Französische Ingenieure begannen gleichzeitig mit dem Bau einer Spezialturbine, welche im Wechsel des Betriebs gerade durch die Eigenheit dieser marinen Wasserkräfte die beste Wirkung erzielen läßt. Ebenso ist ein Reich von Ueberlandzentralen, Kraftverteilungsstellen usw. in Ausarbeitung, um die gewonnene Elektrizität für die Umgebung nutzbar zu machen.

Die Wiederkehr des Nihilismus. Dem russischen Schriftsteller Remizow ist es gelungen, sich aus der Hölle der Hungerbezirke nach Neval zu retten. Er hat hier dem Korrespondenten eines englischen Blattes berichtet, daß er während der bolschewistischen Revolution mehrere Erzählungen geschrieben habe, daß er aber sowenig wie die anderen Vertreter der jüngeren russischen Literatur imstande gewesen sei, sie drucken zu lassen. Die Schriftsteller des jungen Rusland sind darauf angewiesen, ihre Romane und Romane durch öffentliche Vorlesungen bekanntzu-

Stadt- und Ringbahn im Winter

Der Winterfahrplan der Berliner Eisenbahndirektion bringt auf den einzelnen Strecken wesentliche Änderungen gegen den Sommerfahrplan.

Es sind dies folgende Züge, die bisher von Lichtenberg-Friedrichsfelde gefahren wurden: Nach Gesundbrunnen ab Schleißer Bahnhof 4.44 früh, 5.22 früh, 5.52 früh, 6.22 früh.

Im Spätverkehr wird an den Wochentagen von der Stadtbahn ein neuer Zug von Kaulsdorf (ab 12.49 nachts) nach Charlottenburg (an 1.39 nachts) vorgesehen.

Der Sonntagfahrplan der Stadtbahn weist gegen den Sommerfahrplan nur geringe Änderungen auf. Auf der Ringbahn werden eine ganze Reihe von Änderungen zur Durchführung gelangen.

Wie mitgeteilt, werden über den Rahmen der seit dem Kriege üblichen Beheizung der Fernzüge hinaus Vorkehrungen getroffen, um auch die Kesselfüge im Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin, also die Stadt-, Ring- und Vorortzüge, wieder zu heizen.

Die neue Fürsorgekasse für in Arbeit stehende Kriegsbeschädigte, die von der Stadt Berlin heute eröffnet wird, befindet sich nicht, wie wir im gestrigen Abendblatt in Folge eines Druckfehlers mitteilten, in der Potsdamer Straße, sondern in der Poststraße 13, Hof, Quergebäude.

Für den Nahrungsmittelbesitz. Aus dem Polizeipräsidium wird mitteilt: Nachdem der Magistrat Berlin die Beleuchtungs- und Einrichtungsarbeiten der Kriegszeit vom 12. Dezember 1917 aufgehoben hat, tritt der Paragraph 7 der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 wieder in Kraft.

Ein Raubanfall wurde Montagabend im Tiergarten verübt. Als ein Schüler durch die Hossjägerallee radelte, vertrat ihn dort plötzlich zwei junge Männer den Weg.

Apollon-Theater. „Frau Luna“, die vor Jahren sehr populär gewesene Operette von Paul Lincke, ist von der Direktion James Klein aus ihrer Vergessenheit hervorgeholt.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Troden und überlegend heiter, nachts sehr kühl.

Gewerkschaftliches

Zum Streik im Gastwirtsgerwebe

Das Streikartell teilt mit: Die Streikliste ist im allgemeinen unverändert. Die Stimmung der Streikenden ist nach wie vor Kampfesfreudig.

Die Arbeitgeber behaupten, daß unsere Mitteilung, ein großer Teil von Arbeitgebern habe die neuen Forderungen anerkannt, sei eine bewusste Irreführung.

Das Kartell hat bereits gestern erklärt, daß es für Ausreitungen, die bei der Erregung der Massen vorgekommen sind, nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Alle Arbeiter und Angestellten werden dringend gebeten, den gewerkschaftlichen Angehörigen in ihrem berechtigten Kampfe, der nicht zuletzt auch im Interesse des Publikums geführt wird, ihre Unterstützung zu gewähren.

Metallarbeiter

Heute, Mittwoch, den 5. Oktober 1921, abends, finden in den bekannten Lokalen die Bezirkskonferenzen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt.

Forderungen der Arbeiter im Tiefbau. Eine Versammlung der Betriebsräte und Baudelegierten im Tiefbaugewerbe nahm Stellung zum neuen Lohnabkommen.

Lohnbewegungen und Stadtverordnetenwahlen. Die Branche der Schweiß- und Schmiedearbeiter der Groß-Berlin hatte ihre Versammlung nach den Zentral-Beisätzen, Alle Jakobstr. 32, einberufen.

fahrung als langjähriger Stadtverordneter schäpfe, die gut beachtete Versammlung zu fesseln. Er schloß mit dem Hinweis, daß Berlin bei der Wahl die sozialistische Mehrheit im Interesse der Arbeiterklasse wieder erhalten müsse.

Die Branche Leinwand- und Plaharbeiter hatte am 29. September ihre Branchenversammlung, in der Genosse M. K. Kühner zur Stadtverordnetenwahl sprach und Sydow über die Lohnbewegung berichtete.

Streik der Bretterträger und Arbeiter auf den Holzplätzen. Seit Sonnabend voriger Woche stehen die Bretterträger und Plaharbeiter im Streik. Der alte Tarif sah einen Stundenlohn inkl. Teuerungszulage von 6 Mark vor.

Technisches Bühnenpersonal Groß-Berlin. Die neuen Lohnsätze rückwirkend vom 1. September 1921, betragen für Handwerker 1612 M. pro Monat.

Buchdruckerstreik in Hamburg. In Hamburg-Altona streiken über 2000 Buchdrucker und 1500 Hilfsarbeiter. Auch die Buchbinder haben sich bereits in großer Zahl den Streikenden angeschlossen.

Zentralverband der Angeheften. Holz- Nachtragerversammlung den 6. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße 11/12.

Parteiveranstaltungen

Geschäftsleiter des Ausschusses der Freilichtkommission. Donnerstag 5 Uhr abends Sitzung in der Freiheit.

Mittwoch, 5. Oktober. Arbeiterische Gesundheitskassen (Abteilung Berlinerische Art). Heute abend 7 Uhr in der Schule, Lützenstraße 15, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 6. Oktober. 12. Bezirksverwaltung. Abends 7 Uhr Versammlung für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Freitag, 7. Oktober. 12. Bezirksverwaltung. 7 Uhr Bezirksverband bei Vater, Enkel, Mühlent. 12. 6. Bezirk (Wilmersdorf-Schwanenborf-Grünau).

Sonntag, 8. Oktober. Alter 1. und 2. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Kassierer und Kassieren.

Donnerstag, 6. Oktober. Internationaler Bund der Kriegswunden, Ortsgruppe Nord-West 1. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung.

Voranschauung für Politik und Realisation: Leo Dieblich, Berlin-Gredenz; für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftspolitik: H. Kuhnert.

Rechtskammer. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, fertige Möbel, Bekleidungsstücke, Bekleidungsstücke, Bekleidungsstücke.

Werkzeuge und Maschinen. Angestellte, bringend gefast, hochgehend, Holz, Kleinfabrikanten, Holz, Holz, Holz.

Metalle. Werkzeuge aller Art, auch beschlagnahmte, Eisenwerkzeug, Holz, Holz, Holz.

Angestellte, Almetalle, höchste Tagespreise, Buch, Marktwert, 27c.

Einzelne, Angestellte, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten.

Kaufgefuche. Mühlkammer, Fräher, Eigen, kauft, Buch, Buch, Buch.

Möbel. 2 Weisheiten mit, Mastragen, verlässlich, Park, Landbergerstr. 14, III.

Werkzeuge und Maschinen. Angestellte, bringend gefast, hochgehend, Holz, Kleinfabrikanten, Holz, Holz, Holz.

Metalle. Werkzeuge aller Art, auch beschlagnahmte, Eisenwerkzeug, Holz, Holz, Holz.

Angestellte, Almetalle, höchste Tagespreise, Buch, Marktwert, 27c.

Einzelne, Angestellte, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten.

Kaufgefuche. Mühlkammer, Fräher, Eigen, kauft, Buch, Buch, Buch.

Möbel. 2 Weisheiten mit, Mastragen, verlässlich, Park, Landbergerstr. 14, III.

Werkzeuge und Maschinen. Angestellte, bringend gefast, hochgehend, Holz, Kleinfabrikanten, Holz, Holz, Holz.

Metalle. Werkzeuge aller Art, auch beschlagnahmte, Eisenwerkzeug, Holz, Holz, Holz.

Angestellte, Almetalle, höchste Tagespreise, Buch, Marktwert, 27c.

Einzelne, Angestellte, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten, Kleinfabrikanten.

Kaufgefuche. Mühlkammer, Fräher, Eigen, kauft, Buch, Buch, Buch.

Möbel. 2 Weisheiten mit, Mastragen, verlässlich, Park, Landbergerstr. 14, III.

Werkzeuge und Maschinen. Angestellte, bringend gefast, hochgehend, Holz, Kleinfabrikanten, Holz, Holz, Holz.

Metalle. Werkzeuge aller Art, auch beschlagnahmte, Eisenwerkzeug, Holz, Holz, Holz.

Angestellte, Almetalle, höchste Tagespreise, Buch, Marktwert, 27c.

Advertisement for 'Familienkalender Volksfreund', 'Botenfrauen sofort gesucht', and 'Freiheit' newspaper. Includes contact information for various publishers and distributors.

Large advertisement titled 'Kleine Anzeigen' (Small Advertisements) containing numerous classified ads for various goods, services, and real estate. Includes sections like 'Verkäufe', 'Werkzeuge und Maschinen', 'Metalle', 'Angestellte', 'Kaufgefuche', 'Möbel', 'Werkzeuge und Maschinen', 'Metalle', 'Angestellte', 'Kaufgefuche', 'Möbel'.